

Vorwort

Am 1. Mai 2004 wurde der historische Schritt der Erweiterung der EU um zehn neue Mitgliedstaaten vollzogen: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern traten der Europäischen Union bei. Erstmals in der Geschichte des Kontinents ziehen nun nahezu alle europäischen Staaten an einem Strang, um gemeinsam in eine neue Ära aufzubrechen. Die Einigung des europäischen Kontinents nach Jahrhunderten blutiger Kriege, der menschenverachtenden Herrschaft von Ideologien und der absurden gegenseitigen Bedrohung totaler Vernichtung markiert eine historische Wegmarke. Das ehrgeizigste Friedensprojekt in der Geschichte Europas ist auf dem Weg zu seiner erfolgreichen Vollendung.

Den umfassenden Ordnungsrahmen für alle Dimensionen europäischen politischen Handelns wird in Zukunft die Europäische Verfassung bilden. Fast ein Jahr nach dem Ende der Beratungen im Europäischen Verfassungskonvent und nach einem gescheiterten Anlauf zur Verabschiedung der Verfassung im Dezember 2003 haben sich die Staats- und Regierungschefs am 18. Juni 2004 auf das konstitutionelle Fundament für das große Europa geeinigt. Jenseits der geschichtlichen Tragweite stellt sich jedoch die Frage, welche konkreten Fortschritte der „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ bringt. Der erzielte Verhandlungskompromiss bleibt in einigen Punkten hinter den Vorschlägen des Europäischen Konvents 2003 zurück, revidiert jedoch die größten Fehlentwicklungen des Vertrags von Nizza. Die wohl höchste Hürde der Verfassung ist noch nicht genommen: Das In-Kraft-Treten setzt die Ratifikation der Verfassung in allen EU-Staaten voraus. Ein Scheitern einzelner Volksabstimmungen ist nicht ausgeschlossen. Obwohl damit das Ende der Geschichte noch nicht geschrieben wäre und sich in Europa eine gemeinsame Verfassungsidentität seiner Bürger noch ausbilden muss, bedeutet die erzielte Einigung eine historische Zäsur in der Integrationsgeschichte – die Verfassung hebt die Europäische Union auf ein höheres Integrationsniveau und bindet die Mitgliedstaaten noch enger zusammen.

Mit diesem beachtlichen Grad von Erweiterung einerseits und Vertiefung der Integration andererseits erreicht die Europäische Union eine neue Dimension. Europa erhält gegenwärtig ein neues Gesicht: die Erweiterung zu einem großen Integrationsraum, die Konsolidierung durch eine Verfassung, die absehbaren Konflikte um Macht und Finanzanteile und die erodierende Legitimation mangels Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament. Europas neues Gesicht ist also ambivalent: Die Erfahrung großer Erfolge wird ergänzt durch die Sorge vor der nächsten Krise.

Diese beiden großen Themen – die Erweiterung zu einer EU der 25 und mehr Mitgliedstaaten und die Europäische Verfassung – markieren den Orientierungsrahmen der Analysen der über 80 Autorinnen und Autoren des diesjährigen Bands. Am augenscheinlichsten wird die Veränderung des vergangenen Jahres in dem Kapitel zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union: Selbst wenn der feine Unterschied zwischen alten und neuen Mitgliedern nicht schlagartig beseitigt ist, die Zehn rücken aus dem Erweiterungskapitel in das Kapitel der Mitgliedstaaten auf. Aus den bisherigen Beitrittskandidaten sind uneinge-

schränkte Vollmitglieder der Europäischen Union geworden. Im Erweiterungskapitel verbleiben lediglich Bulgarien, Rumänien und die Türkei – doch dieser Kreis wird in den kommenden Jahren größer. Ab 2007 sollen Bulgarien und Rumänien, wahrscheinlich auch Kroatien, in den Kreis der EU-Mitglieder aufgenommen werden. Weitere Staaten des westlichen Balkans werden folgen. Noch im Jahr 2004 entscheiden die Staats- und Regierungschefs darüber, ob und wann Beitrittsverhandlungen mit der Türkei eröffnet werden – eine Union mit mindestens 30 Mitgliedstaaten wird vom Zukunftsszenario zur politischen Realität. Neu zum Autorenkreis zählen Damjan Lajh und Alenka Krasovec, sie berichten aus Slowenien. Erstmals informiert Kai-Olaf Lang über die Europapolitik Polens.

Kein Beitrag des diesjährigen Jahrbuchs bleibt von der Debatte um die Europäische Verfassung unberührt. In seiner historischen Tragweite würdigt Peter-Christian Müller-Graff das neue europäische Grundlagendokument kritisch, ohne dabei auf eine Bilanzierung auch der unvollendeten Details zu verzichten.

Die neue Mitgliederzahl und die Stimmgewichtung in den Institutionen ändern nicht nur die Verfahren in den Institutionen der Europäischen Union – auch das Selbstverständnis der Organe ist von dem Mitgliederzuwachs betroffen. Wir haben in diesem Jahr auf eine Rotation der Beiträge zum Ausschuss der Regionen und zum Wirtschafts- und Sozialausschuss verzichtet, sodass beide Institutionen in diesem Band vertreten sind.

In den Beiträgen zu den Politikfeldern der Europäischen Union wird die Kluft zwischen den alten und neuen Mitgliedern deutlich, die trotz der beachtlichen Anpassungsleistung der Übernahme des gemeinsamen Besitzstands innerhalb weniger Jahre durch die neuen Mitgliedstaaten fortbesteht. Der Beitrittsprozess mag am 1. Mai 2004 seinen krönenden Abschluss finden – die Heranführung im eigentlichen Sinne ist noch nicht abgeschlossen. Peter Becker berichtet über die Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Europäischen Union. Ebenfalls neu begrüßen dürfen wir Barbara Böttcher, die die jüngste Entwicklung in der Währungspolitik darstellt.

Gerade auch in den Analysen zur Außen- und Sicherheitspolitik der Union zeigt sich, dass die neue kulturelle, politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Heterogenität von der trocken-mathematischen Formel „15 plus 10 ist gleich 25“ nur notdürftig kaschiert wird. Die Relevanz der Neuerungen, wie sie die Europäische Verfassung vorsieht, werden hier besonders deutlich. Die Union der 25 steht vor der Herausforderung, ihre Außen- und Sicherheitspolitik sowie ihre Handels- und Entwicklungspolitik – mit oder ohne Verfassung – systematischer zu gestalten.

Die Europapolitik in anderen Organisationen bleibt auch in diesem Band nicht außen vor. Neu aufgenommen wurde die Europapolitik in den Vereinten Nationen, Günther Unser informiert. Michèle Roth gibt die Ereignisse im Europarat wieder. Eine Chronologie der Ereignisse des Jahres 2003, eine Zusammenstellung des europapolitischen Informationsangebots im Internet und eine umfangreiche Bibliographie runden den Band ab.

Besonderer Dank gilt dem Auswärtigen Amt für die großzügige Förderung des Projekts. Unser Dank gilt insbesondere aber den Autorinnen und Autoren, deren großes Expertenwissen die solide Grundlage und das unverkennbare Profil des Jahrbuchs bildet. Für die sachkundige Redaktion danken wir Christine Schmid und Isabelle Tannous herzlich.

Werner Weidenfeld

Wolfgang Wessels